

"Rechtsgerichtete und regional verhaftete Männer" in El País (16. Januar 1994)

Legende: Am 16. Januar 1994, einige Tage vor der Ernennung der ersten Mitglieder des Ausschusses der Regionen, analysiert die spanische Tageszeitung El País die Zusammensetzung des neuen, durch den Maastrichter Vertrag gegründeten Organs im Hinblick auf die Repräsentativität auf regionaler oder lokaler Ebene, die politische Tendenz und das Geschlecht.

Quelle: El País. 16.01.1994. Madrid. "Varones, de derechas y regionalistas", auteur:Bassets, Lluís.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rechtsgerichtete_und_regional_verhaftete_manner_in_el_pais_16_januar_1994-de-e21599e4-a63f-43b6-a99c-e4a2ed9a0e13.html

Publication date: 05/07/2016



Rechtsgerichtete und regional verhaftete Männer

Der Ausschuss der Regionen, die jüngste Einrichtung der EU, wird eine konservative und traditionsgebundene Kammer

LLUÍS BASSETS – Brüssel

Die Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses der Regionen, jener Einrichtung, die durch den Maastrichter Vertrag ins Leben gerufen wurde, um die Beziehungen zwischen den Bürgern und der Europäischen Union (EU) zu stärken, sind Angehörige rechtsgerichteter Parteien. Genau genommen werden es 97 sein, gegenüber 76 Mitgliedern aus dem linken Lager. Auch werden die Repräsentanten der normalerweise eher konservativen Regionen (99) gegenüber den eher fortschrittlichen (90) in der Mehrzahl sein. Und was noch bezeichnender für die Rollenverteilung im europäischen politischen Leben ist: Von den insgesamt 189 Sitzen sind nur 17 von Frauen besetzt, das heißt 9 %, was verglichen mit allen anderen europäischen Organen oder Institutionen der niedrigsten Frauenquote entspricht.

Frauen machen 51,2 % der EU-Bevölkerung aus, sie sind aber nur mit 19,13 % im Europäischen Parlament (EP) und mit 12,3 % in den Parlamenten aller zwölf Mitgliedstaaten (zwischen 33 % in Dänemark und 4,7 % in Griechenland) vertreten.

Im Ausschuss der Regionen wird ihr Anteil bei kaum 9 % liegen, eine Zahl, die sogar unter der ihrer Repräsentation in den nationalen Regierungen der zwölf EU-Mitgliedstaaten liegt, wo sich der Frauenanteil bei durchschnittlich 12,6 % befindet (von 24 % in den Niederlanden bis hin zu 7 % in Großbritannien).

Diese stark von Männern dominierte und konservative Prägung des lokalen und regionalen Lebens, in dem die Männer auf der politischen Bühne das Sagen haben, spiegelt sich auch im Frauenanteil im Ausschuss der Regionen wider. In ihm werden zahlreiche Länder nur durch eine Frau vertreten; nur ein einziges, nämlich Irland, kann relativ „ausgeglichene“ Zahlen vorweisen (drei Frauen kommen auf neun Sitze).

Die Zahlen verbessern sich ein wenig (ein Anteil von 15 %), wenn auch die Stellvertreter berücksichtigt werden. Hier handelt es sich in vielen Fällen um Assistentinnen der Politiker (wie Kabinettschefin oder Generalsekretärin) – Posten, die allem Anschein nach den Frauen sehr viel mehr liegen.

Die Rolle des Ausschusses der Regionen ist bisher im politischen Leben der EU noch nicht sehr klar definiert, da ihm der Vertrag von Maastricht nur beratende Aufgaben in sehr konkreten Bereichen zuweist (Erziehung, Berufsausbildung und Jugend, Kultur, öffentliches Gesundheitswesen, transeuropäische Verkehrsnetze, Telekommunikation und Energie sowie Strukturfonds – genauer genommen Kohäsionsfonds).

Kommissionspräsident Jacques Delors und seine Berater sind der Ansicht, dass sich die Couleur der neuen Einrichtung in ihren ersten Lebensmonaten herauskristallisieren und sich Möglichkeiten zeigen werden, künftig Nutzen aus ihr zu ziehen, vor allem 1996, bei der Revision des Vertrags, wenn es eventuell zu einer Erweiterung der Befugnisse des Ausschusses kommt.

Die Zusammensetzung des Ausschusses und die mäßige Begeisterung einiger der Politiker der ersten Garde, die ihn leiten könnten, haben bei der Europäischen Kommission eine gewisse Besorgnis hervorgerufen.

Der Ausschuss sollte sich gemäß einer Empfehlung der europäischen Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel vor dem 15. Januar konstituieren; vor Mitte Februar oder sogar Anfang März wird das jedoch technisch nicht möglich sein.

Ein Alterspräsident, nämlich der 79-jährige Gemeinderat der Stadt Luxemburg, Leon Bollendorf, wird den Ausschuss begründen, seine Mitglieder einberufen und eine feierliche Sitzung im Europäischen Parlament in Brüssel vorbereiten. Der Ausschuss wird einen Generalsekretär haben. Diesen Posten nehmen die Deutschen für sich in Anspruch und sind bereit, dafür auf die Präsidentschaft zu verzichten. Es wird einige

Vizepräsidenten geben, was eine ausgeglichene Runde ermöglicht, in der die verschiedenen Tendenzen vertreten sind.

Die einzigen derzeit organisierten Interessengruppen, die schon jetzt die Wahl vorbereiten, sind die Versammlung der Regionen Europas unter dem Vorsitz des Präsidenten der Generalitat de Catalunya Jordi Pujol und andererseits der Rat der Gemeinden und Regionen Europas, geleitet vom Bürgermeister der Stadt Barcelona Pasqual Maragall.

Kandidaten

Keine der beiden Vereinigungen besitzt derzeit einen offiziellen Präsidentschaftskandidaten. Die Organisation nach politischer Zugehörigkeit stellt sehr viel größere Schwierigkeiten dar als im Europäischen Parlament, und es wird davon ausgegangen, dass die Parteizugehörigkeit weniger Gewicht als normalerweise hat, wenn es um den Fraktionszwang geht. Drei Kandidaten haben bereits ihre Absicht offengelegt, für eine zweijährige Präsidentschaft zu kandidieren: der Franzose Jacques Blanc, Präsident der Region Languedoc-Roussillon und Mitglied der liberalen UDF, der Belgier Luc van den Brande, Ministerpräsident der Regionalregierung Flandern von der Christdemokratischen Volkspartei Flanderns, und Charles Gray, Ratsmitglied der schottischen Region Strathclyde und Mitglied der Labour Party.

Maragalls Berater hatten vor einigen Monaten dessen eventuelle Kandidatur bestätigt, aber zurzeit wird er noch als Überraschungskandidat betrachtet. Pujol hat sein mäßiges Vertrauen in ein Organ kundgetan, das die Gemeinden auf Gemeinschaftsebene repräsentieren soll, und hat sich auch wenig begeistert im Hinblick auf die regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen des Ausschusses gezeigt.

Veröffentlicht in der Tageszeitung EL PAÍS vom 16. Januar 1994 im internationalen Nachrichtenteil. Autor: Lluís Bassets.